

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

Bundesingenieurkammer  
Charlottenstr. 4  
10969 Berlin

## Forderungen der Ingenieure

### Welche Position bezieht DIE LINKE zu den Forderungen der Ingenieure?

1. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Interessen der mittelständischen Ingenieure und Architekten bei der Europäischen Union nachhaltig zu vertreten.

*DIE LINKE setzt sich konsequent ein für eine stärkere Binnenwirtschaft, bessere soziale und ökonomische Sicherung, Investitionsoffensive und solide Finanzausstattung der öffentlichen Hand. Unser Ansatz lässt sich auf allen Ebenen mit den Belangen der Bürgerinnen und Bürger und auch kleiner- und mittelständischer Unternehmen und Freiberufler/-innen gut verbinden. Denn auch sie profitieren maßgeblich von einer stärkeren inländischen Kaufkraft und Wertschöpfung, höheren Investitionen, einer besseren Infrastruktur und robusten regionalen Wirtschaftskreisläufen.*

*Wir fordern dazu unter anderem effektivere und verlässliche Finanzierungsprogramme für den Mittelstand und den wirksamen Schutz vor der Marktmacht großer Unternehmen, Konzernen und Auftraggebern, die Preise und das Verhalten diktieren können. Wir brauchen motivierte, wirtschaftlich abgesicherte und qualifizierte Ingenieure/-innen und Architekten/-innen, damit die Energiewende gelingt, die Infrastruktur modernisiert und die Planung von Leben, Wohnen und Arbeiten auf dem Land und in der Stadt baulich erfolgreich umgesetzt werden kann.*

*Für DIE LINKE sind gute Arbeitsverhältnisse mit fairer Entlohnung und eine stabile soziale Sicherung für alle Beschäftigten, Freiberufler/-innen und Selbstständige die Grundbedingung, was wir u.a. durch eine konsequente Änderung der Steuer- und Finanzpolitik, ein Ende der Umverteilung von „oben nach unten“ und eine generelle Reform der Wirtschaftspolitik erreichen wollen.*

2. Wir fordern den Gesetzgeber auf, ein bundeseinheitliches Berufsausübungsrecht für freiberufliche Ingenieure zu schaffen. Die landesbaurechtlichen Hindernisse, die durch die unterschiedlichen Regelungen der Landesbauordnungen für die Berufsausübung von Ingenieuren bestehen, sind zu beseitigen.

*DIE LINKE sieht den föderalen Flickenteppich im Bereich der Berufsausübung wie Berufsausbildung sehr kritisch. Wir setzen uns deshalb auch für ein einheitliches Berufsausübungsrecht ein. Nur so lässt sich der aus einem ökonomisch schädlichen*

*„Wettbewerbsföderalismus“ und unsinnigen Partikularinteressen resultierende Wildwuchs an unterschiedlichen Anforderungen und Regelungen zurückdrängen.*

3. Es muss sichergestellt werden, dass die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ nur von Personen geführt werden darf, deren Studienschwerpunkte überwiegend im ingenieur-wissenschaftlichen Bereich liegen.

*Da die Verantwortung für Ingenieurgesetze auf der Landesebene liegt, sind ein unmittelbares Eingreifen und eine Verbesserung der Situation erst nach Aufhebung der alleinigen Gesetzgebungskompetenz der Länder im Bereich von Bildung und Ausbildung überhaupt möglich. Für eine solche klare, transparente und demokratische Reform setzt sich DIE LINKE ein.*

4. Bildungspolitik kann nicht das Ziel haben, dass eine größere Anzahl an Abiturienten und Hochschulabsolventen durch eine kürzere, kostengünstigere Ausbildung mit Niveauabsenkung erreicht wird. Kürzer – billiger – schlechter kann nicht der Weg der Bildung sein! Wir fordern massive Anstrengungen für eine bessere Bildung, um das anerkannt hohe Niveau der deutschen Ingenieure zu erhalten. Bildungspolitik ist Zukunftspolitik!

*Bildung ist für DIE LINKE ein Menschenrecht, eine wichtige Ressource für unseren Wohlstand und Bedingung für die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Bund und Länder verwehren bis heute vielen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Chance auf gute Bildung.*

*DIE LINKE steht deshalb für einen klaren bildungspolitischen Richtungswechsel, der mehr Mittel (jährlich etwa 40 Mrd. Euro zusätzlich), engagiertes, hoch motiviertes und sozial abgesichertes Personal und moderne Institutionen braucht. Nur so lässt sich auch auf Dauer das hohe Niveau der Ingenieurausbildung in hinreichendem Umfang sichern.*

5. Wir fordern, dass die Bundesregierung und alle bundeseigenen Unternehmen und Institutionen am Grundsatz der Trennung von Planung und Bauausführung festhalten und die auch bei der Reform des Vergaberechts berücksichtigt wird.

- EU-Schwellenwerte sollten in der EU-Vergaberichtlinie auf über 500.000 Euro (besser 1 Mio. Euro) angehoben werden.
- Die Gültigkeit der Referenzen ist auf über fünf Jahre (besser 10 Jahre) zu verlängern.

*DIE LINKE unterstützt die Forderung, am Grundsatz der Trennung von Planung und Bauausführung festzuhalten und bei der Reform des Vergaberechts zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist für DIE LINKE die öffentliche Auftragsvergabe ein wichtiges Instrument der sozialen und ökologischen Steuerung. Generell befürworten wir eine Anhebung der Schwellenwerte für die Anwendung der EU-Richtlinien nicht, da oberhalb der Schwellenwerte auch soziale, ökologische Kriterien verbindlich verankert sind. Allerdings werden beispielsweise Gesundheitsdienste auf regionaler Ebene erbracht, und die Anbieter müssen hier die Besonderheiten einschätzen können. Eine Anhebung der Schwellenwerte könnte in speziell definierten Bereichen unnötige europaweite Ausschreibungen verhindern. DIE LINKE hält die bisherigen Regelungen des deutschen Vergabegesetzes für sinnvoll. Insbesondere die Erfahrungen mit dem Berliner Vergabegesetz zeigen, dass*

*Dokumentationspflichten auch unbürokratisch und trotzdem aktuell eingehalten werden können. Selbstverständlich steht die öffentliche Auftragsvergabe immer im Spannungsfeld zwischen den politischen Ansprüchen, der Handhabbarkeit für die Verwaltung sowie dem bürokratischen Aufwand für Unternehmen. Viele Bundesländer haben mit den sogenannten Präqualifizierungsverfahren die bürokratischen Hürden im Hinblick auf die Erbringung von Nachweisen aber bereits gesenkt.*

6. Wir fordern eine Infrastrukturoffensive auf allen staatlichen Ebenen, da diese für den Wirtschaftsstandort essenziell ist. Wir fordern die Politik auf, verbindliche Aussagen zur Zukunft der Verkehrswege (Straßen-, Schienen-, Flug- und Schiffsverkehr) sowie zu Investitionen und zur Instandhaltung der einzelnen Bereiche zu treffen.

*Auch DIE LINKE will eine Infrastrukturoffensive und dazu nachhaltig die öffentlichen Investitionen stärken. Verbindliche Zusagen sind nur durch eine Anhebung der Investitionsquote der öffentlichen Hand zu erreichen, um u.a. die Zukunft der Verkehrswege und die dringend notwendige Sanierung der Infrastruktur in Angriff zu nehmen. Massenhafte Aufträge für den Mittelstand, neue Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft für Ingenieurinnen und Ingenieure wären das Ergebnis. Eine wichtige Finanzierungsquelle für diese Investitionsoffensive ist die Vermögensteuer, die wir in Form der Millionärsteuer wieder einführen wollen. Der Teil des Privatvermögens von Millionären, der oberhalb von einer Million Euro liegt, soll mit fünf Prozent besteuert werden.*

7. Wir fordern, dass die Bundesregierung Rahmenbedingungen zur Energiegewinnung, zum Energietransport bis hin zur Energieeinsparung in Industrie und Haushalten schafft, die es Ingenieuren ermöglichen, optimierte nachhaltige Lösungen zu bieten.

*DIE LINKE will den Umbau der Energieversorgung hin zu einer vorrangig dezentralen und regionalen Versorgung mit erneuerbaren Energien vorantreiben. Der energiepolitische Rahmen dafür muss mittelfristig angelegt sein und klare Vorgaben für die Energiewirtschaft und für den Baubereich setzen. Bei Energieeffizienz und Energieeinsparung setzen wir neben Preisanreizen auf gesetzliche Standards wie Verbrauchsobergrenzen. Das Ingenieurwissen ist hierfür unabdingbar und gewinnt damit für Unternehmen deutlich an Wert. Zur Förderung erneuerbarer Energien will DIE LINKE das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seinen zentralen Säulen beibehalten. Aber auch für die konventionelle Energiewirtschaft wollen wir klare Rahmenbedingungen: ein beschleunigter Atomausstieg ist zu ergänzen durch ein Neubauverbot für Kohlekraftwerke und rechtliche Vorgaben für einen geordneten Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2040. Hiermit gibt es auch Planungssicherheit für den umfassenden Strukturwandel in den Braunkohlerevieren und an den Kraftwerksstandorten. Im Gebäudebereich will DIE Linke einerseits die gegebenen Standards weiterentwickeln – beispielsweise für die anteilige Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien bei Sanierungen. Andererseits muss die Überwachung und Kontrolle des Vollzugs durch qualifiziertes Personal besser gesichert werden. Schließlich soll der Um- und Ausbau der Infrastruktur, der Strom- und Wärmenetze sowie der Strom- und Wärmespeicher konsequent*

*auf eine vorrangig dezentrale und regionale Vollversorgung mit erneuerbaren Energien gedacht, geplant und ausgebaut werden*

8. Wir fordern, dass sich der öffentliche Bauherr zwar im Wesentlichen mit seinen Bauverwaltungen auf seine Bauherrenfunktion konzentriert, aber über einen angemessenen Personalbestand mit technischem Sachverstand verfügt.

*Für DIE LINKE sind eine gute Qualifikation, ein angemessen hoher Personalbestand sowie höchste Transparenz und klare Verantwortlichkeiten von zentraler Bedeutung, damit öffentliche Dienstleistungen effizient und zielgerichtet erbracht werden. Nach dieser Maßgabe sind für uns die Planungs- und Bauämter auszurichten, damit im Zuge sich rasant verändernder Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedürfnisse ein komplexes, langfristig angelegtes und planvolles Bauen möglich wird, damit Steuermittel effektiv eingesetzt und die fachlichen Aufgaben so gut wie möglich erfüllt werden.*

*In dieser Hinsicht gehört die Planung und Kontrolle öffentlicher Bauvorhaben in die öffentliche Hand. Die Kontrolle gehört auch bei privaten Bauvorhaben in die Hände der öffentlichen Verwaltung. Privatisierungswahn und Finanznot führten in den Kommunen bisher zu einem nicht mehr vertretbaren Personalabbau, auch in der Bauverwaltung. Verheerende Unglücke auf Baustellen wie der Kölner U-Bahn 2009 und dem folgenden Einsturz des Stadtarchivs stellen ein Kontrollversagen in Folge von Personalnot und Privatisierung öffentlicher Aufgaben dar. Andererseits lassen die Kommunen immer öfter Bebauungsplanverfahren durch private Investoren durchführen und finanzieren. Hier entzieht sich die Kommune einer elementaren Selbstverwaltungsaufgabe, der Planung und Gestaltung ihrer unmittelbaren Umgebung. Das lehnt DIE LINKE ab.*

9. Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass Planungsleistungen nicht von öffentlichen Bauherren, sondern von freiberuflich arbeitenden Ingenieuren und Architekten zu erbringen sind. Dies fördert in der Regel die Qualität der Planungsleistungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Wirtschaftlichkeit.

*Für DIE LINKE ist das Wettbewerbsinstrument nicht hinreichend, um Mängel in der Planung und Ausführung öffentlicher Bauvorhaben zu verhindern und deren Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Das private Unternehmen besser und wirtschaftlicher arbeiten als die öffentliche Verwaltung wird regelmäßig in der Praxis widerlegt. Private Auftragnehmer unterliegen (leider) einem zunehmenden Konkurrenzdruck, in dessen Folge immer öfter nichtkontrollierbare Subunternehmen Aufgaben übernehmen. Preisdruck führt auch hier zu miserablen Arbeitsbedingungen, Lohndumping und Minderqualität.*

*Ohne ein Höchstmaß an politischer Ehrlichkeit und Transparenz, ohne klare Zuständigkeiten sowie zivil- wie strafrechtlich zu ahndende Verantwortlichkeiten, ohne eine effektive Organisation und Überwachung der Prozessabläufe wird es immer wieder große Probleme mit öffentlichen Bauvorhaben (u.a. Flughafen BER, Stuttgart 21, Elbphilharmonie) geben. Die Lösung liegt für DIE LINKE ebenso wenig allein in der Erbringung der Planungsleistungen durch freiberufliche Ingenieure/-innen und Architekten/-innen, obwohl deren Expertise und Engagement notwendig ist, um nicht nur öffentliche Bauvorhaben mit hoher Qualität zu planen und wirtschaftlich umzusetzen.*

10. Wir fordern die Gleichberechtigung der Ingenieure im Wettbewerbswesen. Der interdisziplinäre Wettbewerb soll der Regelfall für die Ausschreibung von öffentlichen Planungsleistungen werden.

*Nicht nur die öffentlichen Planungsleistungen für Bauvorhaben werden angesichts sozialer, demographischer, ökonomischer und ökologischer Anforderungen komplexer. Damit ändert sich auch das Aufgabengebiet von Stadtplanern/-innen, zuständigen Behörden sowie Ingenieuren/-innen und Architekten/-innen, die über ihre fachtechnischen Felder hinaus interdisziplinär agieren müssen. Für DIE LINKE kann ein nach klaren Regeln und politischen Vorgaben ausgerichteter interdisziplinärer Planungswettbewerb eine wichtige Rolle spielen, um den Anforderungen und Wünschen der Bürgerinnen und Bürger, der Verwaltungen und der Wirtschaft gerecht zu werden.*

11. Ingenieure und Architekten fordern die Rückführung der originären Planungsleistungen der Teile VI, X-XIII HOAI 1996 (Umweltverträglichkeitsstudie, Thermische Bauphysik, Schallschutz und Raumakustik, Bodenmechanik, Erd- und Grundbau, Vermessungstechnische Leistungen) in die HOAI 2013.

12. Ingenieure und Architekten fordern für die Zukunft eine auskömmliche, wirtschaftliche Grundlage für die Auftragserfüllung. Nur so können sie ihre Unabhängigkeit gegenüber allen am Bau Beteiligten sicherstellen.

13. Die Bundesregierung wird auch aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die HOAI als öffentliches Preisrecht nach EU-Dienstleistungsrichtlinie eingehalten wird. Bei Zuwiderhandlungen sind rechtliche Konsequenzen anzudrohen.

14. Wir fordern, dass die Bundesregierung alle fünf Jahre eine wirtschaftliche Anpassung der Honorare überprüft und beschließt. Die Zuständigkeit für die HOAI innerhalb der Bundesregierung sollte überprüft werden.

*DIE LINKE will keinen Wettbewerb um den niedrigsten Preis, sondern um Ingenieurleistungen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, ökologischen Kriterien gerecht werden und eine gute, sichere Bezahlung der Leistungen bieten. Grundsätzlich lehnen wir es ab, bislang sinnvoll regulierte freiberufliche Tätigkeiten einem reinen Preiswettbewerb zu unterwerfen. Entsprechend haben wir uns in der Debatte zur HOAI-Novellierung positioniert.*

*Auch wir fordern die Rückführung der originären Planungsleistungen (Umweltverträglichkeitsstudien, Thermische Bauphysik, Schallschutz und Raumakustik, Bodenmechanik, Erd- und Grundbau sowie Vermessungstechnische Leistungen) in den verbindlichen Teil der HOAI, um so den Preis- und Dumpingdruck zu senken. Darüber hinaus setzen wir uns für die stärkere Verankerung von Klima- und Umweltschutzbelangen im Planungs- und Baurecht ein.*

*DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einer zeitgemäßen Honorarordnung, die als öffentliches Preisrecht laut EU-Dienstleistungsrichtlinie verbindlich eingehalten wird. Die Höhe der Honorare muss regelmäßig angepasst werden, sollte sich am allgemeinen Preisindex orientieren und vor allem eine finanziell und sozial gesicherte Existenz ermöglichen und garantieren.*

15. Wir fordern die Fortführung und Weiterentwicklung einer Städtebaupolitik, die eine integrale Betrachtung und Lösung der anstehenden Herausforderungen unterstützt. Die Vergabe von Städtebauförderungsmitteln sollte an Planungsansätze der Kommunen gebunden sein.

*Die Stadtentwicklung darf nicht von den Interessen der Investoren/-innen dominiert werden. DIE LINKE setzt sich für neue, verbindliche Formen der Bürgerbeteiligung schon in der Planungsphase ein. Die Innenstadtaufwertung ist für uns nicht auf die bauliche Hülle zu reduzieren. Entsprechend müssen Planung, Städtebauförderung und Quartiersmanagement stärker als bisher die Beschäftigung und das Leben in den Städten fördern.*

*Voraussetzung für zukunftsweisende Stadtbauprogramme ist eine bessere finanzielle Ausstattung, damit deren Umsetzung nicht zur Mietervertreibung führt. Für DIE LINKE hat deshalb die aktive Wohnungspolitik der öffentlichen Hand Vorrang bei der sozialen Stadtentwicklung, um den notwendigen und bedarfsgerechten Bestand an öffentlichen Wohnungen endlich bereitstellen zu können.*

*Wir fordern, die Städtebauförderung bedarfsgerecht aufzustocken und zu verstetigen, um als effektives Instrument des sozialen, klimagerechten Stadtumbaus zu wirken. Der Bund muss die Länder unterstützen, damit sie ihrerseits für leistungsfähige öffentliche Wohnungsgesellschaften und für mehr Wohnungsgenossenschaften sorgen können. Die weitere Privatisierung öffentlicher Wohnungen ist unverzüglich zu unterbinden. Kommunen dürfen nicht gezwungen werden, Wohnungsbestände aus Gründen der Haushaltskonsolidierung zu verkaufen.*

16. Mit einer differenzierten Förderpolitik (u.a. steuerliche Anreize, ausreichende Ausstattung der Städtebauförderung, verbesserte Kompensationszahlungen zur sozialen Wohnraumförderung vom Bund an die Länder) ist der Bau zukunftsweisender und bezahlbarer Mietwohnungen zu fördern.

*Ein Gesamtkonzept zur Bau- und Wohnungspolitik fehlt bis heute. Für DIE LINKE ist hierzu eine differenzierte Förderpolitik unerlässlich, die im Bund-Länder-Konzept verbindlich zu vereinbaren ist. Die Wiedereinführung der Eigenheimzulage steht nicht im Zentrum, da sich so die Probleme in den Ballungsräumen nicht lösen lassen. Schon heute fehlen mindestens vier Millionen Sozialwohnungen, so dass künftig selbst Normalverdiener sich eine Wohnung in Städten immer weniger leisten können.*

*Alternativ fordert DIE LINKE einen gemeinnützigen Wohnungsbau. Die Förderlandschaft ist dafür so zu gestalten, dass mindestens 150.000 Mietwohnungen mit Sozialbindung jährlich entstehen. Zusätzlich sind das Mietrecht, die Regelungen zum Wohngeld und der Bundeszuschuss zum sozialen Wohnungsbau zu verändern. DIE LINKE fordert auch, dass Privatinvestoren, die öffentliche Förderung in Anspruch nehmen, zum anteiligen Bau von Sozialwohnungen verpflichtet werden.*

17. Wir fordern, die Normenflut einzudämmen. Normen sind auf das Notwendige sowie auf ihre bewährten Kernbereiche zu beschränken, die zur Sicherheit von Gefahren für Leben und Gesundheit erforderlich sind. Die Normung ist im Konsens der betroffenen Wirtschaftskreise so auszugestalten, dass ein widerspruchsfreies, konsistentes Normenwerk gewährleistet ist. Normen müssen praxisgerecht sein, als anerkannte Regel der Technik dienen und in Planung und Ausführung Rechtssicherheit bieten. Jegliche Versuche der

Normungsinstitutionen, Inhalte, Verfahren und/oder Prozesse der Stadtentwicklungspolitik zu normieren, werden abgelehnt.

*DIE LINKE hält nichts davon, Inhalte, Verfahren und/oder Prozesse der Stadtentwicklungspolitik bis ins Detail zu normieren. Deren Effektivität und die Kontrolle der Politik sind über mehr Transparenz und demokratische Mitsprache und Mitgestaltung zu erhöhen. Wir brauchen keine Gesetze, Verwaltungsvorschriften und Normen, die einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern oder widersinnig sind. Wir brauchen keinen Obrigkeitsstaat, der die Bürgerinnen und Bürger gängelt und bevormundet. Jeden Bürokratieabbau in diesem Sinne begrüßt DIE LINKE.*

*In allen Gesetzgebungsverfahren oder bei der Verabschiedung von Vorschriften und Normen ist deshalb von vornherein deren Praxistauglichkeit ein wesentliches Kriterium. Zu diesem Zweck sollten stärker die Interessen von kleinen/mittleren Unternehmen und Selbstständigen/Freiberuflern, von Beschäftigten, von Bürgerinnen und Bürgern in die Anhörungen, in die Meinungsbildung und in die Kontrolle von Legislative und Exekutive einfließen.*

18. Die Rechtsunsicherheiten infolge der staatlich vorgeschriebenen Anwendung der EUROCODE verbunden mit der Duldungspflicht der Erprobung von nicht in der Praxis bewährten technischen Regelwerke, müssen beseitigt werden.

*Aus unserer Sicht ist die Anwendung des Systems EUROCODE ein vernünftiges Mittel zur Beseitigung von Handelshemmnissen im Baubereich. Deren Umsetzung ist sinnvoll voranzutreiben, um innerhalb der EU einheitliche technische Standards zu erreichen. Allerdings ist für DIE LINKE eine mögliche Rechtsunsicherheit durch die Anwendung des EUROCODE-Systems nicht akzeptabel und schnellstens zu beseitigen. Mehr Rechtssicherheit heißt für DIE LINKE aber nicht, das technische Risiko einseitig auf einen Vertragspartner zu verlagern.*